



Jetzt stellen **WIR** uns quer



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche euch und euren Familien ein gutes neues Jahr.

Ich wünsche euch Träume, die in Erfüllung gehen, ich wünsche euch Gesundheit und Glück.

Euer
Heinz-Werner Gabler

P.S. Wer sich nun fragt, was ist denn das für ein Grußwort? Der Gabler schreibt doch sonst mehr oder ist der sprachlos geworden?

Dem möchte ich an dieser Stelle mitteilen, dass Worte und Schreiben genug gewechselt sind. Der Generalangriff der verschiedenen Dienstherrn in Bund und Ländern bedarf anderer Maßnahmen als denen des Wortes und des Stiftes.

■ Wer mit Öffnungsklauseln an unsere Besoldung, an unser Urlaubsgeld und unser Weihnachtsgeld will,

■ wer in Berlin für die Beamten die 42-Stunden-Woche einführt und somit die Beamten als Geiseln benutzt, um die Tarifkräfte zum Abschluss eines Vertrages mit Einkommensverlusten zu bewegen,

■ wer in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz die Lebensarbeitszeit für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verlängern will,

■ wer bei den Tarifverhandlungen die Kaufkraft unserer Mitglieder mit Nullrunden weiter verschlechtern will,

■ wer Flächentarifverträge kündigen will,

■ wer die Einstellungs- und Beförderungszahlen erheblich absenken will,

■ wer im Rahmen der Beihilfe-regelungen Kostendämpfungs-pauschalen und Eigenbetei-ligungen durchsetzen will:

Diesen Leuten kann man mit Wort und Schrift keine Vernunft mehr beibringen. Wir werden Maßnahmen ergreifen müssen, den Zorn der Kolleginnen und Kollegen aufzunehmen und zu denen zu leiten, die ihn verdient haben. Wir werden auf Straßen und Plätzen dieser Republik auftauchen, sei es in Berlin, in Kiel, in Bremen, in Sindelfingen, in Saarbrücken, Mainz oder sonst wo in Deutschland. Sei es in Steinfeld, Alzey oder Wittlich. Überall wird die GdP mit ihren Kolleginnen und Kollegen auftauchen, um unseren Unmut zu dokumentieren. Wir werden der Öffentlichkeit die Worthülsen der Politik offenbaren.

Arbeitslosigkeitsbekämpfung bedeutet demnach, dass bei einer Anzahl X von Arbeitnehmern die Lebensarbeitszeit verlängert wird, damit Hunderte von Jugendlichen gar nicht arbeitslos werden können, weil sie nicht einmal einen Ausbildungsplatz bei der Polizei erhalten.

Beamtenprivilegien abbauen bedeutet demnach, dass 1300 bisher angestellte Lehrerinnen und

Lehrer verbeamtet werden, damit das abzubauen Privilegienpotential gesteigert werden kann. denn Beamte sind ja so teuer.

Den Binnenmarkt stärken bedeutet demnach, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld zu streichen, Nullrunden zu verordnen und Höhergruppierungen und Beförderungen zu beseitigen, damit der Urlaub nur noch zuhause verbracht werden kann und somit das Geld im Heimatort verbleibt.

Die unterschiedliche Altersstruktur beseitigen bedeutet demnach, die eingesparten Gelder in die Mobilitätsmilliarde zu überführen, damit bessere und schnellere Straßenverbindungen geschaffen werden können. Dann sind die Pendler schneller vom Dienst daheim, können im Rhein-graben verbleiben und so dort den Altersschnitt heben.

Kostendämpfung in der Beihilfe bedeutet demnach, dass bei einem System, welches um 50% billiger für den Dienstherrn ist als die Beteiligung an der Krankenkasse, dem Antragsteller auf seine Kosten einen finanziellen Dämpfer zu verpassen, damit er weniger zum Arzt geht, schneller krankheitsbedingt in den Vorruchstand gehen muss, um so dann

Abschläge bei der Pension tätigen zu können.

Ihr seht, wir bekommen immer die Wahrheit gesagt, wir verstehen sie nur nicht!

Liebe Mitstreiter, beteiligt Euch an allen Maßnahmen, geht in die Sprechstunden der Abgeordneten, informiert Euch und diskutiert mit Euren Nachbarn und Freunden, spricht in jedes Mikrofon, winkt in jede Kamera und schreibt Leserbriefe an alle Medien.

Fahrt zu jeder Demo. Tretet für Eure Rechte ein. Streitet für unsere Forderungen. Kämpft um Eure Träume.

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Mainz. Scharfer Protest gegen weitere Belastungen für die Polizei. Am 5. Dezember 2002 haben über 5000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – darunter Beamte, Angestellte und Arbeiter der Polizei in großer Zahl und in Uniform – mit einem Warnstreik auf die Sparbeschlüsse von Bundes- und Landesregierung reagiert. GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach kündigte bei einer Kundgebung auf dem Schillerplatz vor dem Mainzer Innenministerium schärfste Gegenwehr unserer Gewerkschaft gegen die Streichung von 300 Ausbildungsstellen, eine Arbeitszeitverlängerung bis 65 und Einkommens Kürzungen an.

Ver.di, GdP und GEW hatten schon für den Vormittag zur Arbeitsniederlegung aufgerufen, damit die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen in einem Protestzug zum Innenministerium ziehen konnten. Zum Marsch der GdP ab dem Valenciplatz am Polizeipräsidium kamen weit über 500 Polizeibeschäftigte aus Koblenz, der West- und Vorderpfalz, von der Nahe und aus ganz

Rhein Hessen. Dabei hatte der kurzfristige Aufruf zum Warnstreik eigentlich nur den Mainzer Kolleginnen und Kollegen gegolten. Die Resonanz zeigt, dass bei der Polizei „mächtig Dampf im Kessel“ ist.



Rotstiftliste

So wollen Bund und Land den Polizeibeschäftigten ab 2003 noch tiefer in die Tasche greifen

- Aufgabe der bundeseinheitlichen Regelung von Besoldung und Versorgung; die Länder wollen die Möglichkeit haben, das Weihnachtsgeld (Sonderzuwendung) und das Urlaubsgeld völlig zu streichen und darüber hinaus die Besoldung bis zu 10% zu kürzen.
- Zersplitterung der Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber zur Umsetzung vergleichbarer Streich- und Kürzungsregelungen für die Tarifbeschäftigten
- Erbitterter Widerstand der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst gegen jegliche Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Besoldung in der Einkommensrunde 2002
- Absehbarer Umbau des Rentensystems mit Aufforderung zu deutlich erhöhter Selbstvorsorge sowie erheblichen Einschnitten bei der Rentenleistung und/oder steigenden Rentenbeiträgen
- Absehbarer Umbau des Gesundheitssystems mit erheblichen

- Einschnitten bei den Leistungen im Krankheitsfall und/oder steigenden Krankenkassenbeiträgen
- Streichung von weiteren 300 Ausbildungsstellen für Polizistinnen und Polizisten binnen 3 Jahren
- Ruhestandsversetzung für Polizistinnen und Polizisten nicht mehr mit 60, sondern für
 - den mittleren Dienst mit 62
 - den gehobenen Dienst mit 63
 - den höheren Dienst mit 65
 – (Ausnahme nur bei mindestens 25 Jahren Schicht- und Wechselschichtdienst)
- Reduzierung des Beförderungskonzeptes um zwei Drittel auf 30% des Budgetvolumens aus 2001
- Streckung der Realisierung der zweigeteilten Laufbahn durch Rückführung der Aufstiegsquote im erweiterten Bewährungsaufstieg von 20% auf 7% und durch Streichung von 50 Lehrgangspätzen pro Jahr beim ASA
- Streichung der Polizeizulage für Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter

- Einführung einer Zuzahlung von 13 EUR pro Monat für die Inanspruchnahme von Wahlleistungen im Beihilferecht
- Weitere Kürzung der Beihilfe für Beamtinnen und Beamten durch Einführung einer für das Kalenderjahr anzuwendenden Kostendämpfungspauschale von
 - 150 EUR für A 7 bis A 11
 - 300 EUR für A 12 bis A 15
 - 450 EUR für A 16 und B 3
 – Bei Teilzeitbeschäftigten mindern sich die Beträge im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit.
 - Minderung der Kostendämpfungspauschale um 40 EUR für jedes Kind
 - Wegfall der bisherigen Zuzahlung von 61 EUR für Verbands- und Arzneimittel
- Wegfall der Jubiläumszuwendungen als Geldleistung
- Kürzungen der Etatansätze bei der EDV-Ausstattung, der Beschaffung von Mobiliar und der Instandhaltung von Gebäuden.



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de
Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002
Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

TARIFVERHANDLUNGEN

Auszüge aus der „Warnstreik-Rede“ von Ernst Scharbach:

„Die Arbeitgeber wollen uns einbläuen, dass es uns im öffentlichen Dienst doch blendend gehe. Wir sollen auf Lohn verzichten, weil wir einen sicheren Arbeitsplatz hätten. Die Politiker behaupten: Eure Arbeitsplätze sind sicher. Leistet gefällig Verzicht!

Seit 1945 sind in Deutschland 1400 Polizistinnen und Polizisten im Dienst ums Leben gekommen, 385 wurden von Verbrechern ermordet. Jahr für Jahr werden über 500 Polizistinnen und Polizisten im Dienst schwer verletzt. Wir werden geschlagen, man wirft Steine auf uns, wir werden beleidigt und angepöbelt.

Ich frage: Was ist an solchen Arbeitsplätzen sicher?

Man verlangt von uns professionelle Leistung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Das geht nicht mit einer Opa-Feuerwehr und das geht nicht mit einer Opa-Polizei. Wir im Deutschen Gewerkschaftsbund und wir in der Gewerkschaft der Polizei protestieren in aller Schärfe gegen diesen Unsinn.

Diese Landesregierung will Jahr für Jahr 100 Ausbildungsplätze für Polizistinnen und Polizisten strei-

chen. Stehen denn nicht wirklich schon genug junge Leute auf der Straße und suchen verzweifelt eine Ausbildungsstelle? Müssen denn die Polizistinnen und Polizisten noch mehr physische und psychische Belastung auf den Buckel nehmen? Reicht es denn nicht, dass heute schon rund 600 Polizisten im Land nur noch eingeschränkt dienstfähig sind, weil sie dem Stress und den hohen körperlichen Anforderungen gesundheitlich nicht mehr gewachsen sind? Müssen wir erst den Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen, dass die Polizeidienststelle in ihrer Stadt zuge-macht werden muss, weil das Personal nicht mehr da ist?

Wir sind es satt, dass unsere Arbeitsbedingungen und unser Gehalt per Gesetz festgelegt werden.

Wir wollen die gleichen Rechte wie die Arbeiter und Angestellten.

Wir wollen gemeinsame Tarifverhandlungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Wir sind es satt, durch die Arbeitgeber wie unmündige, dumme Kinder behandelt zu werden.

Wir fordern volle Verhandlungs- und Streikrechte!



„Gemeinsame Tarifverhandlungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte und volle Verhandlungs- und Streikrechte“

Ernst Scharbach
GdP-Landesvorsitzender

Solidarität ist die Parole in dieser Stunde. Wenn es den Arbeitgebern gelingt, den Flächentarifvertrag im öffentlichen Dienst zu zerstören, dann sind als nächstes die Flächentarifverträge in der Industrie dran.

Wir sind für ein vereinigt Europa. Aber es darf nicht das Europa der Kapitalisten und Großkonzerne sein. Es muss das Europa der Menschen und der Arbeitnehmer sein!

Und wenn die Politiker unbedingt jemanden suchen, mit dem sie sich anlegen wollen, wir hätten da ein paar Vorschläge:

– Streitet Euch mit den Banken und Konzernen über Steuerhin-

terziehung und Kapitalflucht. Macht etwas gegen Spekulanten, die ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen.

– Schließt die Steueroasen mit-te in Europa.

– Gebt uns mehr Personal zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption.

– Das wäre nicht nur gerecht, sondern würde auch die Einnahmen des Staates wieder in Ordnung bringen.“

Es ist doch ein Witz, dass Deutschland der größte Netto-zahler Europas ist und einige ober-schlaue Länder die Super-reichen zu Dumpingsteuern in ihre Oasen locken.

GdP läuft Sturm gegen die Sparpläne

Das ist bisher gelaufen:

- Protestbriefe der GdP an die Ministerpräsidenten
- Fast tägliche Protesterklärungen von DGB und GdP an Presse, Rundfunk und Fernsehen
- 6000 protestieren am 15. 11. 2002 in Kiel gegen das Besoldungsdiktat und die Nullrunde
- In Bremen tagt am 5. 12. 2002 die Innenministerkonferenz. Die GdP ist mit einigen Tausend Kolleginnen und Kollegen vor Ort und stellt sich gegen die Sparbeschlüsse quer
- Warnstreik am 5. 12. 02 in Mainz. Über 5000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes legen die Arbeit nieder. Protestkundgebung vor dem Innenministerium mit großer Beteiligung aus der Polizei.
- GdP-Unterschriftenaktion „Wir stellen uns quer!“ an MP Beck läuft am 25. 11. 2002 an

- In Sindelfingen demonstrieren am 7. 12. 2002 beim CDU-Parteitag mehr als 7000 Polizeibeschäftigte gegen Arbeitszeitverlängerung und das Sparpaket. Mit dabei: Eine ansehnliche Delegation der GdP aus dem Bereich Vorderpfalz
- GdP-Aktion in Trier am 5. 12. 2002 mit symbolischer Geste: Gefesselt mit Handschellen kettet sich ein Polizist am öffentlichen Pranger in der Trierer Innenstadt fest
- 26. 11. 2002: Die Berliner Polizei geht zu Tausenden auf die Straße, um gegen Personalabbau, Einkommenskürzung und längere Arbeitszeit zu protestieren
- 11. 12. 2002: Bundesweite Warnstreiks beginnen in Berlin
- 12. 12. 2002: In Kaiserslautern sorgen 250 Polizeibeschäftigte

mit einer Spontandemo in der Innenstadt für ein Verkehrschaos

02 landesweite Warnstreiks und Kundgebungen gegen die Sparpläne und das Nullrundengetöse



- In Saarbrücken demonstrieren am 17. 12. 2002 Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern gegen die Sparwut
- Rheinland-Pfalz: ver.di, GdP und GEW organisieren am 17. 12.

Und so geht es weiter: Über die Weihnachtstage gibt es eine kurze Verschnaufpause. Dann wird der Protest in den Januar hinein auf Bundes- und Landesebene verstärkt.

Reaktionen von Kolleginnen und Kollegen

■ „Stichwort Altersgrenze: Wenn ich die Pressemeldung des ISM vom 3. 12. lese ‚einzelne Laufbahngruppen seien spezifischen dienstlichen Belastungen ausgesetzt, weshalb eine unterschiedliche Anhebung der besonderen Altersgrenzen vorgesehen ist (60 – 62 – 63 – 65)‘ lässt diese Behauptung für mich nur den Schluss zu, dass der höhere Dienst in der Polizei im Verhältnis zu den anderen Laufbahngruppen (Schichtdienst ausgenommen) nur darin besteht, tagsüber seinen Sessel warm zu halten, sich zurückzulehnen, durch Delegation und Auftragserteilungen andere rumspringen zu lassen und im Übrigen auf die Uhr zu schielen, wann endlich Feierabend ist. Ernsthaft: Als ‚Betroffener‘ im Verwendungsaufstieg stelle ich mir schon die Frage, warum ich mir das angehen habe. Verdiente dadurch keinen Cent mehr, muss nun eine theoretisch noch möglich gewesene Beförderung wohl wegen der beabsichtigten Kürzungen in den Schornstein schieben, mache vom Verantwortungsumfang und Tätigkeitsfeld genau dasselbe wie als EPHK und werde für das Tragen des goldenen Sterns noch mit einem Zuschlag von 2 Jahren gegenüber dem LBA II bestraft. Da kommt Freude auf, ganz abgesehen von den anderen für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen geltenden Aspekten wie Lebensplanung etc. Ich kann euch nur ermuntern, auf dem jetzt eingeschlagenen Weg des Protests weiterzumachen!“

■ „Jetzt habe ich es schriftlich! Aus der Pressemeldung unseres hochverehrten Herrn Staatsministers Walter Zuber vom 3. 12. 2002 erlese ich, dass der höhere Dienst von allen Laufbahngruppen den geringsten dienstlichen Belastungen ausgesetzt ist! Deshalb kann der Beamte im höheren Dienst bis zum vollendeten 65. Lebensjahr Dienst verrichten. Bei dem ‚schlauem Job‘ ist es wirklich ein

Wunder, dass das ISM permanent über die geringe Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber für den höheren Polizeidienst klagt und inzwischen sogar Werbeveranstaltungen für potenzielle Kandidaten veranstalten muss. Lieber Ernst, sieh mir bitte nach, dass ich mir ausgerechnet dich ausgesucht habe, um meinen Zorn (Frustration wäre nicht treffend genug) los zu werden. Aber schließlich bekleidest du zwei Funktionen, in denen du jetzt gefordert bist und vielleicht auch Interesse an Argumenten von Betroffenen hast.“

■ „Hallo Ernst, es ist für mich in der Tat unfassbar, wie in wenigen Tagen ‚en passant‘ über Jahrzehnte errungene, angemessene Arbeitsbedingungen mit einem Mal umgeworfen werden. Euer und unser Protest ist richtig und notwendig. Ich möchte dir aber noch einen Aspekt nennen, der mich sehr beschäftigt: Ich kann damit leben, dass Schichtdienstler früher in Pension gehen und ich Einkommenszuwächse mit zeitlicher Verzögerung erhalte. Die Altersgrenze wurde aber auch nach Laufbahnen gestaffelt. Damit suggeriert man deutlich, dass der Job nach oben hin lockerer wird. Das ist ein fatales Zeichen, denn die Leistungsträger in der Polizei werden vor den Kopf gestoßen.“

■ „Großes Lob an dich, Ernst, du hast die kämpferischste, überzeugendste und persönlich stärkste Rede gehalten. In Einzelgesprächen auf der Dienststelle kommt zum Ausdruck, dass die Kollegen mittlerweile zu vielem bereit sind, wenn es darum geht, den einseitigen Streichorgien des Dienstherrn zu begegnen.“

■ „Angesichts dessen was geplant ist und vor allen Dingen wie verantwortliche Politiker z. Zt. mit uns umgehen, stelle ich fest, dass deren Verhalten einigen zentralen Leitsätzen unseres Leitbildes diametral entgegenstehen und dieses Leitbild damit ad absurdum geführt wird. Wenn es schon bisher schwierig war, den

Kollegen das Leitbild nahe zu bringen und dessen Ziele zu vertreten und aktiv zu befördern, dürfte dies in Zukunft unmöglich werden. Ich möchte nicht verhehlen, das ich mit dem Gedanken spiele, meine Moderatortätigkeit für das Leitbild mit einem entsprechenden Schreiben a. d. D. an den Minister des Innern u. f. Sport niederzulegen.“

■ „Hallo Ernst, Glückwunsch zu deiner Rede! Du hast mir aus dem Herzen gesprochen. Manche deiner Argumente haben mich vor mehr als 25 Jahren bewogen, in die SPD einzutreten. Im Moment habe ich mit dieser Mitgliedschaft wirklich Probleme, was ich mit der GdP in dieser Auseinandersetzung absolut nicht habe. Die überwiegende Meinung der Kolleginnen und Kollegen: ‚Endlich hauen die mal rein! Weiter so, ich bin dabei!‘“

■ „Was ist mit den Tarifbeschäftigten? Die beschlossene Erhöhung der Einsparauflage von 1,5% auf 1,8% pro Jahr zur Rückführung der Zahlfälle hat Auswirkungen auf Stellenbesetzungen, Höhergruppierungen usw., denn nur im Tarifbereich erfolgt die Budgetierung der Personalkosten. Frei werdende oder freie Stellen werden nicht mehr besetzt, höherwertige Tätigkeiten können Tarifbeschäftigten nicht mehr übertragen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre hinweisen. Höherwertige Tätigkeiten bzw. polizeifremde Tätigkeiten können nicht mehr übertragen werden, wo bleibt die Perspektive für Tarifbeschäftigte? Einschnitte im sozialen Bereich, beispielhaft die Zuzahlung von Umlagebeträgen zur Zusatzversorgung sowie die Besteuerung der vom Arbeitgeber gezahlten Anteile zur VBL, die Abschaffung bzw. starke Einschränkung der Beihilfezahlungen für Angestellte und Arbeiter, die Erhöhung der Krankenkassen und Rentenversicherungsbeiträge, anführen, diese Belas-

tungen führen zu Lohn- und Gehaltseinbußen. Die Unzufriedenheit unter den Tarifbeschäftigten wächst.“

■ „Liebe Kollegen, habe heute Morgen den Kommentar der GdP zu diesem Thema gelesen und möchte, was diesen Punkt angeht, der Begründung ‚Nichtanhebung‘ ausdrücklich zustimmen. In der Tat scheinen viele nicht zu wissen, was bei der Polizei tatsächlich ‚abgeht‘. Für eure gewerkschaftlichen Bemühungen besten Dank.“

■ „Lieber Ernst, deine Rede war gut. Streikrecht für Beamte rhetorisch geschickt und damit unüberhörbar gefordert.“

■ „Hallo Ernst, ich gehe davon aus, dass dein Postfach zurzeit ‚zugemüllt‘ wird ... trotzdem will ich dir ein paar Zeilen mitteilen ... Euer letztes Presseblatt wegen der Altersgrenze trifft es auf den Punkt. Und es betrifft ja nicht nur eine Laufbahn oder Einheit, die bei der Polizei die Arbeit macht ... Viele lesen wirklich ungläubig, wie einfach und stressfrei ihr Job ist (übrigens nehme ich das auch für meinen in Anspruch ...) und der Vergleich mit Finanzbeamten oder Lehrern tut schon weh. Die Kolleginnen und Kollegen bedauern den Vertrauensverlust in Zusagen, die bei der Einstellung vor vielen Jahren eine nicht unerhebliche Rolle bei der Berufswahl gespielt haben. Und nicht umsonst genießt die Polizei in der Bevölkerung das meiste Ansehen. Denn unser Beruf gehört im öffentlichen Dienst wohl eindeutig zu den stressigsten, was die Bevölkerung mit ihren Möglichkeiten auf diese Weise honoriert... Sarkastisch habe ich gesagt, dass es wirklich sinnvoller wäre, alle Beförderungen zu stornieren. Damit hätten wir wohl weniger Ärger, als wenn einige Auserlesene befördert werden... Aber wie so immer, hat alles zwei Seiten... Mit einem kleinen Stimmungsbild von der Basis viele Grüße“

Die Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

Kuhn: 10 000 Polizisten notwendig!

Wie seit einigen Jahren üblich, trafen sich Vertreter der Kreisgruppen PP Westpfalz und PD Kaiserslautern mit Landtagsabgeordneten aus der Region, um aktuelle Dinge zu besprechen.

Heinz Rahm, Vorsitzender KG PD KL, Karl Kauf, Vorsitzender KG PP Westpfalz, Ludwig Wiegand, sein Vertreter, und Jürgen Moser, Bezirksgruppenvorsitzender, sprachen dabei die personellen Probleme und die geplanten Sparmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung an.

Hier die wichtigsten Aussagen der Abgeordneten in aller Kürze:

MdL Werner Kuhn, FDP, spricht sich für 10 000 Polizisten in Rheinland-Pfalz aus, er ist gegen ein Sonderopfer von Beamten. Die FDP wird alles tun, um zu verhindern, dass die Einkommen der Beamten im Land gekürzt werden.

MdL Marlies Kohnle-Gros, CDU, ist froh darüber, dass sich der Bundesvorstand der CDU

gegen die vom Land Berlin initiierte Öffnungsklausel in der



MdL Marlies Kohnle-Gros mit Heinz Rahm (rechts) und Ludwig Wiegand

Beamtenbesoldung ausgesprochen hat.

Eine Erhöhung der Einstellungszahlen bei der rheinland-pfälzischen Polizei sieht sie als dringend erforderlich an, der Altersdurchschnitt der Polizei-

beamten in der Westpfalz muss gesenkt werden.

MdL Jochen Hartloff, SPD, sieht keine andere Möglichkeit der Einsparung, als die vom Innenministerium geplanten Maßnahmen. Er weist darauf hin,

„dass andere Verwaltungsbereiche schlimmer betroffen seien. Eine Minderung der Bezüge der Landesbeamten hält er vor dem Hintergrund einer möglichen Abwanderung in „reichere“ Bundesländer für nicht angebracht. „Wir brauchen gute, leistungsstarke Beamte, die auch entsprechend bezahlt werden.“

POLIZEI 2014

GdP bei den „Grünen“

Anfang Dezember 2002 eröffnete der Landesvorstand die Informationsreihe zu „Polizei 2014“ bei den im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Fraktionen. Erste Anlaufstelle war Bündnis 90/Die Grünen. MdL Friedel Grützmacher wurde durch Ernst Scharbach, Bernd Becker, Helmut Knerr und Ralf Schreiber über das GdP-Programm „Polizei 2014“ unterrichtet. Schwerpunkte der Darstellung waren die Themen Kriminalitätsbekämpfung, polizeilicher Einsatz im Spannungsfeld „Häusliche Gewalt“ und Personal.

Deutlich stellten die Vorstandsmitglieder der GdP auch die aktuellen Entwicklungen und Bedenken in den Sparplänen der Landesregierung dar. Den Personalabbau um 300 Ausbildungsplätze für Polizeianwärter bezeichnete Scharbach als zentralen Fehler im Sparpaket. Die Polizeisprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedel

Grützmacher stellte für ihre Fraktion fest, dass sie dies ebenfalls als einen entscheidenden Fehler im Sicherheitsprogramm der Landesregierung ansieht und kritisierte dies ausdrücklich. Sie sicherte zu, dass ihre Fraktion in den Lesungen zum Nachtragshaushalt die deutliche Erhöhung der Neueinstellungszahlen einfordere.

Auch die Auswirkungen und Haltung der GdP zur Verlängerung der Lebensarbeitszeiten im Polizeibereich waren Gegenstand der Erörterung mit der Parlamentarierin. Die GdP-Funktionäre erläuterten das klare NEIN der Polizei zu dem Vorhaben. Durch Aktionen mit entsprechender Außenwirkung will man die Öffentlichkeit informieren.

MdL Grützmacher sicherte für die Fraktion zu, dass man beim Vorliegen der geplanten Gesetzesinitiativen mit der GdP die Gespräche suchen wird.

Die Präsentationsreihe des GdP-Programms „Polizei 2014“ wird im Gespräch mit der SPD-Fraktion am 17. Dezember 2002 fortgeführt. Wir werden darüber berichten. **Helmut Knerr**

Anzeige

Polizeibeamter aus Hessen
(zweigeteilte Laufbahn!)
sucht
Tauschpartner
aus Rheinland-Pfalz.
Tel.: (01 71) 2 85 96 56

Anzeige

Urlaubsreif?
Günstiger verreisen mit
PSW-Reisen
Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31/9 60 09 23

Gerechte Bezahlung und Eingruppierung

Gerechte Bezahlung bzw. Eingruppierung ist wichtigstes Ziel unserer Arbeit für die Tarifbediensteten in der Polizei.

Die Antwort auf die Frage vieler Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich, die in der letzten Zeit an mich gestellt wurde, wie eigentlich eine „Beamtenorganisation“ wie die GdP – Gewerkschaft der Polizei – uns Arbeiter und Angestellte vertritt, möchte ich hier auf dieser Seite nochmals kurz beantworten.

Grundsätzlich werden unsere Angestellten und Arbeiter bei Tarifverhandlungen über die Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst vertreten. Die GdP ist unmittelbarer Tarifpartner! Sie schließt im Verbund mit DGB, ver-di-Tarifunion für den öffentlichen Dienst gültige

Tarifverträge für Angestellte und Arbeiter ab. Die Interessen der tarifabhängigen Beschäftigten in der Polizei nehmen unsere jeweiligen Beauftragten unmittelbar, d. h. am Verhandlungstisch wahr.

Für die GdP-Tarifarbeit trägt unser Mitglied – Alberdina Körner – die Verantwortung, sie ist Mitglied in der Bundestarifkommission. Der großen Tarifkommission gehören ebenfalls die Angestelltenvertreterin im HPRP, Annemarie Grindel, sowie der Vertreter der Arbeiter im HPRP, Dieter Kronauer, an. Durch sie wird die Wahrung der Interessen der Angestellten und Arbeiter in der Polizei unseres Landes gewährleistet. Zur Wahrnehmung der tariflichen Belange wurde ja der Fachausschuss Tarif gegründet. Ziel dieses FA ist es,

die in unserer Gewerkschaft organisierten Mitglieder aus dem Tarifbereich noch erfolgreicher in ihren Belangen und Anliegen zu unterstützen.

Einen großen Vorteil erhoffe ich mir für unseren Tarifbereich durch meine Mitgliedschaft, als Vorsitzende des Fachausschusses und Beisitzerin Tarifpersonal im Landesvorstand. Ich hoffe, in diesem Gremium durch den Erfahrungs- und Meinungsaustausch viele neue Erkenntnisse zu gewinnen. Ein wichtiger Punkt unserer Arbeit wird weiterhin die tarifgerechte Eingruppierung unserer Angestellten und Arbeiter sein.

Es kann nicht sein, dass Kolleginnen als Schreibkräfte eingestellt werden und nach Ablegung der so genannten Schreibprüfung je nach Schreibleistung eingrup-

piert wurden, sodann jedoch in den meisten Fällen mit Sachbearbeitertätigkeiten, zum Beispiel in den Geschäftszimmern der Dienststellen, eingesetzt werden. Aufgrund dieser geübten Praxis wurden bereits Gespräche zwischen dem FA-Tarif und Vertretern des ISM geführt. Es ist geplant, tarifrechtliche Untersuchungen repräsentativer Arbeitsplätze mit Beteiligung der Gewerkschaften durchzuführen.

Da sich aber hier, wie auch in vielen anderen Bereichen, noch nicht viel bewegt hat, müssen wir, wie man im Fußball sagt, weiter fest am Ball bleiben.

*Eure Anne Knewitz,
Vorsitzende FA-Tarif,
Beisitzerin Tarif
im Landesvorstand*

MUTTERSCHUTZ

Gesetz für werdende Mütter ausgeweitet

Schwangere Frauen sind die letzten 6 Wochen vor der terminierten Entbindung prinzipiell von der Arbeit befreit, außer sie bestehen ausdrücklich auf Weiterarbeit. Auch bei einer vorzeitigen Entbindung haben Mütter jetzt in jedem Fall 14 Wochen Schutzfrist. Dies garantiert eine entsprechende Regelung. Das neue Gesetz bestimmt, dass dieser Zeitraum bei allen vorzeitigen Geburten der 8-wöchigen Schutzfrist nach der Geburt zugeschlagen wird. Auch im Hinblick auf ihren Urlaubsanspruch sorgt das neue Gesetz für mehr Klarheit. Damit Arbeitnehmerinnen wegen ihrer Schwangerschaft nicht benachteiligt werden, gelten die Mutterschutzfristen hinsichtlich des Anspruchs und der Dauer auf bezahlten Erholungsurlaub wie normale Beschäftigungszeiten. Laut Entscheidung des BAG verstößt folgende tarifliche Regelung gegen das Grundgesetz: „Gemäß Tarifverträgen über ein Urlaubsgeld besteht Anspruch auf Urlaubsgeld nur

dann, wenn die Arbeitnehmerin für 3 volle Monate Anspruch auf ein Arbeitsentgelt hatte“. D. h.: Befand sich eine Schwangere von Mitte März an in den Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz, war diese Voraussetzung nicht erfüllt. Für diese Zeit erhielt sie Mutterschaftsgeld und lediglich einen Zuschuss des Arbeitgebers dazu. Ihr wurde kein Urlaubsgeld gezahlt.

Falls sich Kolleginnen in dieser Situation befinden, macht eure Ansprüche direkt geltend, da diese entsprechend der Ausschlussfrist bis zum 15. 1. 03 sonst verfallen.

Weder Mehrarbeit noch Nachtarbeit (= jedoch eine Ausnahme, Erlaubnis durch das Gewerbeaufsichtsamt) zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr, weder Sonntags- noch Feiertagsarbeit darf der Arbeitgeber werdenden und stillenden Müttern abverlangen. Verbrieftes Recht ist auch: 1 Freistunde täglich zum Stillen, Anspruch auf Freistellung von der Arbeit für Vorsorgeuntersuchun-

gen (hier hat der Arbeitgeber das Recht auf ein ärztliches Attest, die Kosten hierfür sind von ihm zu tragen).

Wird vom Arzt eine Gefährdung für Mutter und Kind festgestellt, muss der Dienstherr die Schwangere von ihrer Arbeit freistellen oder für eine zumutbare Arbeit sorgen. Der Dienstherr muss in diesen Fällen die Löhne weiterbezahlen. Hierzu wird das Durchschnittseinkommen der letzten 3 Monate bzw. 13 Wochen vor Beginn der Schwangerschaft – einschließlich Schicht- und Überstundenzuschläge – zugrunde gelegt. Werden durch Tarifabschlüsse Verdiensterhöhungen vereinbart, haben auch Schwangere einen Anspruch darauf. Das Mutterschaftsgeld hat die gleiche Höhe wie das tatsächliche Arbeitsnettoeinkommen der Schwangeren in den letzten drei Monaten bzw. 13 Wochen vor Beginn der Schutzfrist. Der Dienstherr darf Frauen während der Schwangerschaft und 4 Monate nach der Niederkunft

nicht entlassen. Bei befristeten Arbeitsverträgen sind Kündigungen werdender Mütter nur durchsetzbar, wenn die Aufsichtsbehörde dies erlaubt. Bei einer Probezeit sind auch Kündigungen verboten (= außer bei einem befristeten Probeverhältnis).

Falls Ihr noch Fragen zu diesem Thema habt, wendet Euch per Outlook an die Vorsitzende Anne Knewitz.

Anzeige

Neues Auto?

Günstige
Konditionen beim

Polizeisozialwerk

Rheinland-Pfalz GmbH
0 61 31/9 60 09 20

KURZ BERICHTET

Aus dem HPRP

Wegen der **reduzierten** Einstellungszahlen korrigierte das ISM die **Einstellungskontingente** bei den Präsidien nach unten: KO: 73; MZ: 49; RP: 47; WP: 17, TR: 14.

Das ISM teilte mit, dass das **Beförderungsbudget** um 70% **vermindert** und wie die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Mittel auf die einzelnen Besoldungsgruppen verteilt wurde. Die Liste liegt bei den Personalräten vor Ort vor.

Weniger Beförderungen – mehr Arbeit: Das ISM teilt mit, dass auf Grund der reduzierten Beförderungsbudgets auf 30% es diesmal nicht möglich ist, Gruppen von Beamten für die Beförderung quasi zu setzen. Dies gilt nur noch für die BeamtInnen in A 8, die 1987 und früher eingestellt wurden und für den regulären Bewährungsaufstieg für BeamtInnen, die am 1. 1. 1958 und früher geboren wurden. Man bedauert ausdrücklich, keine rechtlich unbedenkliche Möglichkeit gefunden zu haben, die Zahl der **Beurteilungen** zu reduzieren. Stichtag ist der 1. 12. 2002.

Keine **Freifahrten** in Zügen des Fernverkehrs: Staatssekretär Karl Peter Bruch hatte sich bei der **Bahn AG** dafür eingesetzt, den Beamten in Uniform die kostenlose Nutzung auch der Fernzüge zu gestatten. Die Bahn AG lehnte mit dem Hinweis ab, dass die Präsenz der Polizisten im Regionalverkehr die Sicherheit erhöhe, während dies im Fernverkehr nicht notwendig sei.

Das „Führen von **Mitarbeitergesprächen** mit den **Dozenten** an der FH“ wurde auf Anregung des HPRP ausgesetzt – allerdings mit dem deutlichen Hinweis, dass die Dozenten jederzeit ein solches Gespräch mit dem Leiter der FH führen können müssen.

Zum 1. 4. 2003 soll im Rahmen der Neuorganisation der Verteidigungslastenverwaltung der Aufgabenbereich **Schadensregulierung** für den kompletten Geschäftsbereich des ISM zentral auf die ADD Koblenz übertragen werden. Durch diese Maßnahme werde kein Beschäftigter den Arbeitsplatz verlieren; Eingruppierungen würden durch die

Übertragung anderer Aufgaben und notfalls übertariflich erhalten. Der HPRP bestand darauf, dass die Regressverfahren gegen eigene Beschäftigte in der Entscheidungsgewalt der Polizeibehörde bleiben müssen, da hier die bessere Sachkenntnis vorhanden sei und die Beteiligung der Personalräte erfolge. Auch dies wurde vom ISM zugesichert.

Der Modellversuch „Abschaffung der **Verkehrsdirektionen**“ in den PP TR und WP wurde bis zum 30. 6. 2003 verlängert. Der HPRP stimmte dem zu – auch, um den Kollegen ausreichend Zeit zu geben, sich in die Diskussionen einzubringen.

Der HPRP stimmte der Vorlage „Richtlinie über **Tarnkennzeichen**“ zu.

Zustimmung fand auch die Vorlage „**Rahmenkonzeption Internet**“. Lediglich der Passus „*Hinsichtlich der technischen Ausstattung gehe ich davon aus, dass die Polizeipräsidien die zur Realisierung der Konzeption notwendige Hard- und Software ggf. durch Umverteilung bereits vorhande-*

ner Geräte bzw. Programme sowie durch haushaltsmäßige Schwerpunkte in eigener Zuständigkeit sicherstellen“ rief angesichts der Einsparbeschlüsse auch im EDV-Bereich deutliche Kritik hervor. Da heißt es: Jeden Morgen nachsehen, ob der PC noch da ist!

Der Dienstanweisung „**Video-dokumentation**“ wurde abgelehnt. Sie wäre zustimmungsfähig gewesen, wäre da nicht der Absatz: „*Im Rahmen ihrer Verantwortung für die Einsatznachbereitung müssen Einsatzkräfte dokumentierte Anhalte- und Kontrollvorgänge zur Verbesserung des Einsatzverhaltens auswerten. Die gleiche Verpflichtung gilt auch für Vorgesetzte.*“ Der Betrachtung der Bänder durch Vorgesetzte muss nach Auffassung des HPRP die Einwilligung der Beamten vorausgehen.

Den generalisierenden Verfahrensbeschreibungen „**Prüf- und Verwaltungsverfahren**“ und „**Wettkämpfe**“ stimmte der HPRP zu.

Dieter Kronauer (Arbeiter), Annemarie Grindel (Angestellte), Ernst Scharbach (Beamte)

INTERNETKRIMINALITÄT

Herausforderung annehmen

Längst ist es polizeiliche Wirklichkeit: Anzeigen werden über das Medium Internet erstattet, eine Welle von Betrugsverfahren im Zusammenhang mit Internet-Verkaufsbörsen überrollt die Polizei und Veröffentlichungen im Internet geben Anlass zu umfangreichen Ermittlungen. Ob moderne Kommunikationsformen, Betrug im Umfeld virtueller Auktionshäuser, Kinderpornographie, Gewaltdarstellung oder politisch motivierte Straftaten – die Polizei muss sich dieser Herausforderung stellen. Und manch einer, der einen Internet-Lehrgang an der LPS als willkommene Unterstützung zum privaten Umgang mit diesem Medium gesehen hat, ist

jetzt damit konfrontiert, dass dieses Wissen im Dienst dringend erforderlich ist. Folgerichtig war deshalb die Einrichtung einer AG Internetkriminalität, die in ihrem Konzept in allen Facetten die abgestimmte Reaktion der Polizei auf Gefahren oder Tatverdachtsfälle beschreibt. Dieses Konzept wurde jetzt durch das ISM dem Hauptpersonalrat Polizei übergeben und findet einhellige Zustimmung. Auch die GdP befassete sich mit der Konzeption und kommt zu einem positiven Ergebnis. „Das Konzept beschreibt kein Wolkenkuckucksheim, sondern berücksichtigt die vorhandenen Ressourcen an Personal, Technik und Ausbildungskapazität“,

schätzt Bernd Becker vom Geschäftsführenden Landesvorstand ein. Es gebe auch „nur“ einen Rahmen vor, der auf Ebene der Präsidien noch gestaltbar sei.

Gelungen ist nach Auffassung der GdP auch die Gliederung in einen grundsätzlichen allgemeinen Teil, der sicher einige Jahre unverändert bleiben kann und in Anlagen, die der ständigen Fortschreibung bedürfen. Es werden konkret die Aufgaben der verschiedenen Ebenen beschrieben: Sachbearbeitung, Zentralstelle bei den Präsidien und Landeszentralstelle beim LKA. Ebenso beschreibt das Konzept die Hardware-Voraussetzungen und das Ausbildungsangebot der LPS.

Nicht abschließend aber sehr hilfreich werden Verbände, Ämter und Firmen aufgeführt, mit denen externe Zusammenarbeit erforderlich werden kann.

Natürlich wird die polizeiliche Arbeit in diesem Deliktbereich noch holpern. Zuständigkeitsfragen bei virtuellen Tatorten werden zusammen mit der Staatsanwaltschaft zu klären sein, Ausbildungsdefizite müssen ausgeglichen werden und hier und da wird die Hardware nicht die erforderlichen Voraussetzungen bieten. Aber eines ist klar: Die Kollegen vor Ort sind längst mit dem Phänomen Internet konfrontiert. **Jetzt hat auch der oberste Dienstherr die Herausforderung angenommen.**

Zum Artikel „EDV ersetzt kein Personal – PI 3 Mainz“

Das Schreckgespenst der Arbeitszeitflexibilisierung oder die PI 3 Mainz ist überall!

Würde mich jemand fragen, welches mein persönliches Unwort des Jahres 2002 wäre, so müsste ich nicht lange überlegen: Die Arbeitszeitflexibilisierung!

Was soll der Beamte darunter verstehen? Bedarfsorientierter Einsatz von Kräften oder Mangelverwaltung? Eine Umfrage bei den Kollegen im Land würde mit Sicherheit ergeben, dass nur die Mangelverwaltung als Synonym für die Arbeitszeitflexibilisierung bei der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz stehen kann.

Dass dem Kollegen Mühlheis – PI 3 MZ – die Schweißperlen bei der Dienstplanerstellung auf der Stirn stehen, kann ich mir nur zu gut vorstellen. Wahrscheinlich

weiß jeder SB-Einsatz, Geschäftszimmerbeamte (oder wie der mit der Planung Beauftragte auch immer heißen mag) ein Liedchen davon zu singen.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit kann nur darüber hinweg täuschen wollen, dass ein geordneter Dienstbetrieb ohne Flickschusterei kaum möglich ist. Mit Sicherheit wissen die Entscheidungsträger im Ministerium und den anderen Führungsebenen sehr genau, dass es nur eine Frage der Zeit sein kann, bis wir selbst für das flexible Arbeitszeitmodell zu wenige sind.

Ob man die Dienstgruppen nun abschafft oder nicht! Wie sah es in der näheren Vergangenheit denn aus? Die Kollegen bei den PI'en, PW'en, PAsT'en und WSP'en sowie dem KDD versehen doch die ganze Zeit ihren Dienst schon flexibel. Ob die

Dienstgruppe groß oder klein, die Altersstruktur hoch oder niedrig ist. Fehlt die notwendige Dienststärke aufgrund Krankheit, Urlaub, Abordnung, Lehrgänge o. ä., muss der zweite oder dritte Tag frei ran.

Wie flexibel sollen wir denn noch sein?

Von wegen Arbeitszeitsouveränität der Beamten. Der Artikel über die PI 3 MZ zeigt doch nur allzu deutlich, dass eigentlich nur der Dienstherr etwas von dem Flex-Modell hat. Und so ist es im ganzen Land.

Arbeitszeitsouveränität gerät nicht erst zur Lachnummer, sie war schon immer eine! Was bei anderen öffentlichen Veranstaltungen oder einem Unternehmen richtig und gut ist, muss auf die Polizei noch lange nicht übertragbar sein. Erkenne ich die Sinnlosigkeit des Vorhabens, kann

ich doch nicht einfach weiter machen und die Flexibilisierung als die Erkenntnis dahin stellen. Oder liegt darin etwa der Unterschied zwischen erkennen können und erkennen wollen? Flexibilisierung heißt in dem Zusammenhang auch, dass der nicht heimatnah eingesetzte Beamte außerhalb der regulären und eingeplanten Dienstzeit wieder einmal mehr auf Reisen gehen kann.

Soviel zu dem Artikel „Anfahrtsweg zu lang – PI 1 LU“, dem ich umfassend zustimmen muss.

Na ja. Wie schrieb das MdI so schön zur Arbeitszeitflexibilisierung? Jeder soll seinen Dienst so planen können, dass er größtmögliche private Freiräume erhält und keiner starren Dienstzeitregelung mehr unterliegt.

Sehr fürsorglich!!!

Torsten Towae, POK/DGL

BEPO-FORUM

Die GdP-Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei veranstaltet am

30. JANUAR 2003

in Mainz-Hechtsheim/Standort Bereitschaftspolizei (Aula) das dritte GdP-BEPO-FORUM.

BEREITSCHAFTSPOLIZEI SERVICELEISTER IM POLIZEILICHEN ALLTAG UND BEI GROSSLAGEN

so das Motto der gewerkschaftlichen Veranstaltung. Situationsberichte geben Lothar Funk, Leiter der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz, Bernd Manthey, Inspekteur der Bereitschaftspolizei der Länder (BMI), Heinz Kiefer, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, und Ernst Scharbach, Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz.

Projektgruppen aus den GdP-Kreisgruppen Bepo Mainz,

Enkenbach-Alsenborn, Schifferstadt, Wittlich-Wengerohr und Koblenz präsentieren aus dem Bereich **Einsatz, Personal, Aus- und Fortbildung, Technik und Soziales** ihre Ergebnisse aus gewerkschaftlichen Diskussionszirkeln. In einer Podiumsdiskussion sollen hierzu Innenminister Walter Zuber, Inspekteur der Polizei Werner Blatt, Polizeipräsident Franz Kirchberger und der

Leiter der Bereitschaftspolizei Lothar Funk und Ernst Scharbach, GdP-Landesvorsitzender, befragt werden. Die Moderation des Podiums übernimmt Thomas Will.

Natürlich sollen auch aktuelle Fragen zu Sparaufgaben der Landesregierung und vieles mehr thematisiert werden.

Helmut Knerr

Sie haben Fragen zur Versorgungsänderung für Beamte und Tarifbeschäftigte und zu Versicherungen?

Wir haben jeden **Dienstag und Donnerstag von 10.00 – 13.00 Uhr**

unsere Hotline für Sie geschaltet.

Rufen Sie einfach an:

0 61 31-9 60 09 50

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Paul Korch, PP Westpfalz, Juni 2002

Gerhard Buechs, PD Pirmasens, Juli 2002

Fritz Klein, PD Pirmasens, Dez. 2002

Josef Klinkner, PP/PD Koblenz, Dez. 2002

Bernd Haas, PP Westpfalz, Dez. 2002

Heinz Bergmann, Rhein-Nahe, Dez. 2002

STERBEFÄLLE

Klaus-Dieter Werthenbach, PP/PD Koblenz, 48 Jahre

Maria Schneider, PD Trier, 84 Jahre

Ehefr. v. Koll. Josef Schneider

Fritz Olschewski, Rhein-Nahe, 87 Jahre

Joachim Piechulla, Ww/Rhein-Lahn, 79 Jahre

Angelika Senkbeil, Landespolizeischule, 40 Jahre

Ehefr. v. Koll. Thomas Senkbeil

Werner Spranger, Rhein-Nahe, 67 Jahre

Johann König, PP/PD Koblenz, 90 Jahre

Hans Joachim Kilp, PD Trier, 47 Jahre

Ehem. v. Koll. Theresia Kilp

Claus Zimmer, Bepo Mainz, 61 Jahre

Renate Krempf, PP/PD Mainz, 58 Jahre

Dietmar Boertzer, Vorderpfalz, 46 Jahre

Willibald Schleicher (Ehrenmitglied GdP RP)

Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.